

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 2

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Was befürchtet werden mußte, ist am 1. Februar eingetreten: die Vorlage über die Einführung des *Frauenstimmrechtes* auf eidgenössischer Ebene ist sowohl von der Mehrheit der Stimmberechtigten wie von derjenigen der Stände stark verworfen worden. Die Zahlen lauten: 654 924 Nein gegen 323 306 Ja und 22 gegen 3 Standesstimmen. Mit einer ausgezeichnet begründeten Botschaft hatte der Bundesrat dem Volk die Zustimmung empfohlen, aber es wiederholte sich wieder das frühere Schauspiel, daß nicht einmal die Bundesratsparteien ihren Vertretern in der obersten Landesbehörde Gefolgschaft leisteten, sondern völlig auseinander fielen, und einige von ihnen nicht nur Stimmfreigabe beschlossen, sondern gar die Verwerfungsparole ausgaben. Den Hauptharst der Neinstimmen lieferten die Landwirtschaft und das mittelständische Gewerbe, ferner die Landsgemeindekantone, wo man mit der Einführung des Frauenstimmrechtes für den weiteren Bestand der Landsgemeinden fürchtete. Aber die Ergebnisse der großen deutschschweizerischen Industriezentren zeigen deutlich, daß auch beträchtliche Teile der Arbeiterschaft noch nichts vom Frauenstimmrecht wissen wollen. Wir müssen das unumwunden zugeben; die Resultate aus den Stimmlokalen der Arbeiterschaft bestätigen dies eindeutig. Es braucht noch eine große Aufklärungsarbeit, bis in unseren eigenen Reihen das konservative, ja spießbürgerliche Denken in dieser Frage überwunden sein wird.

Daß das Frauenstimmrecht dennoch auf dem Marsche ist, zeigen indessen die erfreulichen Ergebnisse aus den drei westschweizerischen Kantonen Waadt, Genf und Neuenburg, die dafür eine Mehrheit aufgebracht haben. In der Waadt wurde gleichzeitig sogar die Einführung des Frauenstimmrechtes in kantonalen Angelegenheiten beschlossen. Ein erster Durchbruch ist also erfolgt, und es dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein, daß es auch in anderen Kantonen zu neuen Vorstößen kommt. Manche Gegner haben bekanntlich behauptet, daß sie nicht grundsätzliche Neinsager seien, sondern die Vorlage vom 1. Februar nur abgelehnt hätten, weil sie zu zentralistisch gewesen sei und man mit dem Frauenstimmrecht in den Kantonen beginnen müsse. Man wird hoffentlich diese «grundsätzlichen Befürworter» bald einmal beim Wort nehmen und ihnen Gelegenheit geben können, sich bei kantonalen Aktionen für die Einführung des Frauenstimmrechtes zu beteiligen... Auf schweizerischer Ebene wird diese Frage nun wohl für einige Zeit ruhen müssen. Es bleibt nichts anderes übrig, als den in der Schweiz üblichen, wenn auch umständlicheren Weg über die Gemeinden und Kantone zu gehen. Was

sich hier bewährt hat, findet später leichter Eingang in den Bund. Zu Pessimismus haben die Anhänger des Frauenstimmrechtes trotz allem keinen Anlaß. Es geht auch in einer Demokratie und gerade in einer Demokratie, wo die Mehrheit von der Güte einer Sache überzeugt werden muß, mit dem Fortschritt nur langsam vorwärts, und nur in wiederholten Anläufen ist er zu erringen. Das war bei allen großen Neuerungen der Fall. Aber wie einst in unserem Lande die Ausübung der politischen Rechte ein Vorrecht der Geburt und des Besitzes gewesen war, das erst nach heftigen Widerständen beseitigt werden konnte, wird auch der Tag kommen, wo das Vorrecht des Geschlechtes fällt und die Frau gleichberechtigt mit dem Mann gemeinsam die politische Verantwortung für die Geschicke des Landes trägt.

In der Kampagne gegen das Frauenstimmrecht haben föderalistische Einwände eine nicht geringe Rolle gespielt. Wir denken vom *Föderalismus* nicht gering. Er bildet das staatspolitische Fundament der Eidgenossenschaft, deren innerer Reichtum auf der kulturellen Vielgestaltigkeit und der geschichtlichen Überlieferung der eidgenössischen Stände beruht. Er hat unser Land in der Zeit des Faschismus und des Nationalsozialismus vor der Gleichschaltung bewahrt und schützt uns auch in Zukunft vor jeglicher totalitärer Gleichmacherei. Aber der Föderalismus darf nicht als Vorwand mißbraucht werden, um den sozialen und kulturellen Fortschritt in der Schweiz solange wie möglich zurückzubinden. Und außerdem muß man sich darüber im klaren sein, daß die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte das Beharren der Kantone auf ihren ursprünglichen föderalistischen Positionen verunmöglicht. Ihre «Souveränität» ist größtenteils nur noch eine Fiktion. Auf dem Gebiete der Außenpolitik und des Militärwesens hat sie im Bundesstaat ohnehin nie bestanden; in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde sie mehr und mehr eingeschränkt, und selbst auf dem Gebiete der Kulturpolitik spricht Bern in wichtigen Fragen ein maßgebendes Wort. Diese Entwicklung war unvermeidlich, ja im Interesse eines nach innen gefestigten, nach außen starken Bundes notwendig gewesen. Man kann denn auch öfters die Beobachtung machen, daß kantonale Politiker, die zu Hause sich gerne als eingefleischte Föderalisten gebärden, sich plötzlich, wenn sie unter der Kuppel des Bundeshauses auftreten, in Zentralisten verwandeln, namentlich wenn es darum geht, das gesegnete Wasser der *Bundessubventionen* in die Kanäle ihres Kantons abzuleiten. Dann geraten auf einmal die schönsten Grundsätze über den Föderalismus und der Stolz vor der kantonalen Souveränität in Vergessenheit, und um so kräftiger wird das Lied von der «eidgenössischen Solidarität» angestimmt. Aus einer kürzlich erschienenen Botschaft des Bundesrates zu einem *Gesetz über den Finanzausgleich* geht hervor, wie stark heute die Kantone von den Bundesgeldern abhängig sind. Auf Grund zahlreicher Gesetze und Bundesbeschlüsse erhalten die Kantone gemäß ihrer Finanzkraft Bundesbeiträge zur Erhaltung der Heimarbeit, zur Förderung des Wohnbaues, für

die Arbeitsvermittlung, für den Straßenbau und den Straßenunterhalt, für die Eisenbahnen und Zivilflugplätze, für die Bergbauern, für den Weinbau, Getreidebau und die Viehzucht, für Meliorationen und für eine Reihe von Aufwendungen sozialer und wirtschaftlicher Natur. Bei diesen Bundessubventionen werden die finanzschwachen Kantone begünstigt, was durchaus in Ordnung ist, denn unter den Gliedern des Bundes soll Solidarität bestehen. Voraussetzung aber ist, daß auch die Kantone ihrerseits alles tun, um ihre *eigenen* Finanzquellen auszuschöpfen. Hier hat man es aber weniger eilig, und mit Recht hebt denn auch die bundesrätliche Botschaft hervor, es sei im Gesetz über den künftigen Finanzausgleich der Grundsatz zu verankern, daß bei der Feststellung der Finanzkraft der Kantone ihre Steuerkraft *und* deren Ausschöpfung durch Kantone und Gemeinden berücksichtigt werden müsse: «Damit soll vermieden werden, daß Kantone unter sonst gleichen Verhältnissen vermehrte Bundeshilfe nur deswegen geltend machen können, weil ihre Kassen wegen ungenügender Ausnützung der Steuerkraft durch Kanton und Gemeinden leer sind.»

Die gleichen Kreise, die bei der Verteilung der Bundessubventionen gerne mit der großen Kelle anrichten, empfehlen bei anderer Gelegenheit dem Bund größte Sparsamkeit. Insbesondere wird den Bundesbetrieben und vor allem den *Bundesbahnen* vorgehalten, daß sie zuwenig wirtschaftlich geführt würden. So steht gegenwärtig die gespannte Finanzlage der SBB wieder zur Diskussion. Das Defizit für das Jahr 1959 wird auf über 30 Millionen Franken veranschlagt. Auch die Bahnen haben die allgemeine Teuerung zu spüren bekommen. Sie müssen ihr Material zu 100 bis 200 Prozent teurer einkaufen, und ebenso sind die Personalkosten infolge der Lohnerhöhungen und Teuerungsausgleiche entsprechend gestiegen. Die Verwaltung der SBB wie der Bundesrat glauben deshalb nicht, ohne eine *allgemeine Tarifierhöhung* mehr auszukommen. So sehr man das bedauern muß, weil eine solche Erhöhung auch ihrerseits wieder zu einer neuen Verteuerung beiträgt, so wird man doch nach den vorangegangenen Preis- und Lohnerhöhungen auch den Bahnen nicht das Recht einer Tarifangleichung bestreiten können. Wir sind alle daran interessiert, daß die SBB auch in finanzieller Hinsicht ein gesundes Unternehmen und ein vorbildlicher Arbeitgeber bleibt. Stoßend jedoch ist, daß von der allgemeinen Tarifierhöhung, die im Durchschnitt 11,7 Prozent beträgt, ausgerechnet die Arbeiterabonnemente am stärksten – bis zu 18 Prozent – betroffen werden, also gerade die Tarife für jene Volksschichten, die unter der Teuerung ohnehin schon am schärfsten zu leiden haben, und die keine anderen Ausweichmöglichkeiten besitzen. Bedauerlich ist vor allem die Aufrechnung auf 1 Franken beim Arbeiterabonnement, und zwar um so mehr, als der verhältnismäßig bescheidene Mehrertrag, der dadurch erzielt wird, in keinem Verhältnis steht zum Gesamtbetrag der Tarifierhöhung von 35 Millionen Franken. Es ist zu hoffen, daß ein sozialdemokratisch-gewerk-

schaftlicher Vorstoß im Parlament hier noch eine notwendige Korrektur erreicht; denn bei aller Wahrung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit darf doch nicht vergessen werden, daß die SBB nicht nur kommerzielle Grundsätze zu wahren, sondern ebenso sehr allgemeine volkswirtschaftliche Interessen zu berücksichtigen hat und darum der Unterschied zwischen dem Normaltarif und den Sozialtarifen nicht allzusehr nivelliert werden darf. P. S.

Außenpolitik

Der 21. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion stand ganz im Zeichen Chruschtschews. In einem sechsstündigen Referat erklärte der russische Diktator, die Sowjetunion sei nun in die Periode des konkreten Aufbaus des Kommunismus eingetreten. Den wirtschaftlichen Siebenjahresplan (für die Jahre 1959 bis 1965) bezeichnete Chruschtschew als einen Vorschlag zur friedlichen Herausforderung der kapitalistischen Welt. Es gehe darum, die Pro-Kopf-Produktion der fortgeschrittensten kapitalistischen Länder zu erreichen und zu überholen. In 15 Jahren, so prophezeite Chruschtschew, werde die Bevölkerung der Sowjetunion den höchsten Lebensstandard aller Völker haben. Chruschtschew sprach davon, die 35-Stunden-Woche noch vor 1965 einzuführen, forderte aber gleichzeitig die Arbeiter auf, durch Steigerung ihrer Arbeitsleistung zur Verwirklichung des Siebenjahresplanes beizutragen. Der Herrscher des Kremls versprach der Bevölkerung der Sowjetunion größeren Wohlstand; es versteht sich aber, daß er das, was das russische Volk wahrscheinlich am meisten wünscht, nämlich mehr Freiheit, weder versprechen konnte noch versprechen wollte. Die scharfe Verurteilung der sogenannten parteifeindlichen Gruppe um Bulganin, Malenkov und Molotow zeigt, daß Chruschtschew nicht gewillt ist, den diktatorischen Druck zu verringern. Chruschtschew kündigte auch den baldigen Verzicht auf die Erhebung von direkten Steuern an, die schon jetzt nur noch 7,8 Prozent der Staatseinnahmen ausmachen. Diese Maßnahme wird allerdings nicht dem einfachen Mann zugute kommen, sondern allein der oberen Schicht der sowjetischen Funktionäre; diese werden dann überhaupt keine direkten Steuern mehr zu zahlen haben, während die breite Masse der Bevölkerung noch mehr als bisher durch die massive direkte Besteuerung belastet wird. Die Folge dieses Verzichts auf direkte Steuern ist also eindeutig: Verschärfung der bekanntlich jetzt schon außerordentlich großen Einkommensunterschiede in der Sowjetunion, was wieder einmal mit aller Deutlichkeit zeigt, daß im Bereich der kommunistischen Diktaturen alles andere als eine soziale Politik betrieben wird.

Was die Außenpolitik betrifft, so hatte Chruschtschew auf diesem Gebiet nichts grundsätzlich Neues zu sagen. Er wiederholte seine bekannten Deutsch-

landvorschläge und äußerte erneut den Wunsch nach Einberufung einer Gipfelkonferenz. Neben massiven Angriffen auf den Westen und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland steht die Einladung an Präsident Eisenhower zu einem Besuch der Sowjetunion. Zu erwähnen wäre noch, daß die Kommunistische Partei der Sowjetunion über 7,6 Millionen Mitglieder zählt.

Im *westdeutschen Bundestag* fand auf Veranlassung der Sozialdemokraten am 29. Januar eine *Debatte über die Kohlenkrise* statt. Der Kohlenbergbau ist das eigentliche Sorgenkind des westdeutschen Wirtschaftswunders. In den Jahren des rapiden wirtschaftlichen Aufschwungs bestand Kohlenknappheit; heute gibt es eine Absatzkrise. Das Ausmaß dieser Krise ist aus der Tatsache ersichtlich, daß heute fast 14 Millionen Tonnen Kohle und Koks auf Halde liegen, verglichen mit «nur» 8 Millionen im Tiefstand der Depression der dreißiger Jahre. Bundeswirtschaftsminister Erhard glaubt, die Kohlenkrise mit der Bildung eines Kohle-Öl-Kartells, mit der Ausdehnung der Umsatzsteuer auf das schwere Heizöl und mit der Einführung eines Kohlenzolles in der Höhe von 20 DM je Tonne lösen zu können. Die Sozialdemokraten verlangten sehr viel weitergehende Maßnahmen: die Überführung des Kohlenbergbaus in Gemeineigentum. Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, Dr. Deist, erklärte: «Hier hilft eben nur eine Ordnung des Kohlenbergbaues, die eine einheitliche Führung sichert, die eine planmäßige Entwicklung des Kohlenbergbaues zuläßt und die vor allen Dingen sicherstellt, daß volkswirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden können. Das ist nur bei einer Führung unter öffentlicher Verantwortung möglich. Darum verlangen wir auch für Deutschland die Überführung des Kohlenbergbaues in Gemeineigentum. Die zweite Forderung, die wir stellen, betrifft im Hinblick auf die Probleme der Kohleneinfuhr die einheitliche Steuerung der Einfuhr von Kohle aus dritten Ländern, um eine mengenmäßige und preismäßige Steuerung zu sichern.» Die Bundesrepublik müsse sich endlich dazu aufraffen, eine Energiewirtschaftsplanung durchzuführen, wozu eine zentrale Energiewirtschaftsstelle notwendig sei. Dr. Deist wies darauf hin, daß England und Frankreich mit dem nationalisierten Kohlenbergbau besser gefahren sind als die Bundesrepublik, die den Kohlenbergbau in Privateigentum belassen hat. In der Bundesrepublik, ist die Kohlenkrise sehr viel schwerer als in den beiden genannten Ländern. Im Jahre 1958 sind von der laufenden Förderung in Frankreich 2 Prozent, in Großbritannien 4,5 Prozent und in der Bundesrepublik 10 Prozent auf Halde geblieben. Im französischen und im englischen Kohlenbergbau hat es im Jahre 1958 keine Feierschichten gegeben, aber in der Bundesrepublik mußten 3 Millionen Feierschichten eingelegt werden. Großbritannien und Frankreich wurden auch mit dem Problem der Importkohle besser fertig (die Einfuhr amerikanischer Kohle ist ja neben der Konkurrenz des Heizöls eine der wichtigsten Ursachen für die gegenwärtige Kohlenkrise). Die Importe wurden rechtzeitig gedrosselt, wäh-

rend die westdeutsche Regierung zu lange gewartet hat. In Frankreich gingen die Importe im Laufe des Jahres 1958 um 60 Prozent, in Großbritannien um 75 Prozent, in der Bundesrepublik Deutschland nur um 28 Prozent zurück.

Wichtiges hat sich in *Italien* ereignet. Der *Sieg Nennis* auf dem Parteitag in Neapel und die Unabhängigkeitserklärung der Sozialistischen Partei Italiens (PSI) hat, wie nicht anders zu erwarten war, zur Spaltung der Sozialdemokratischen Partei geführt. Der linke Flügel unter der Führung von Mario Zagari und Matteo Matteotti hat sich von der Partei Saragats losgesagt und eine völlig selbständige Gruppe, die sich «Einheitliche Bewegung sozialistischer Initiative» nennt, gegründet. Die sozialdemokratische Jugendbewegung hat sich ebenfalls von Saragat getrennt. In einem Interview mit der sozialdemokratischen westdeutschen Wochenzeitung «Vorwärts» bekundete Nenni sein Interesse an einer Fühlungnahme mit den sozialistischen Parteien der sechs Länder des Gemeinsamen Marktes. Pietro Nenni erklärte auch, daß die Sozialistische Partei ein Bollwerk bilde gegen die auch in Italien bestehenden Tendenzen, die demokratischen Institutionen in Frage zu stellen. Die Zukunft wird zeigen, inwieweit das Bekenntnis Nennis zur Demokratie und zur demokratischen Methode wirklich ernst gemeint ist und nicht bloß taktischen Überlegungen entspringt. Nenni geht es offenbar darum, die Bedingungen für eine politische und machtmäßige Alternative zur Democrazia Cristiana zu schaffen. Die innere Zerrissenheit der italienischen Christlich-Demokraten, die mit dem Rücktritt der Regierung Fanfani offen zum Ausdruck kam, kommt dabei den Intentionen des Führers der Sozialistischen Partei zu Hilfe. Der linke Flügel der Democrazia Cristiana – besonders auch Staatspräsident Gronchi – ist einer Zusammenarbeit mit den Sozialisten nicht abgeneigt, während der rechte Flügel soziale Reformen bekämpft und mit den monarchistischen und neofaschistischen Kräften zusammengehen will. Es ist zweifelhaft, ob es Antonio Segni, der eine christlich-demokratische Minderheitsregierung gebildet hat, gelingen wird, die Zerfallserscheinungen innerhalb der Democrazia Cristiana aufzuhalten.

In *Zürich* haben Verhandlungen zwischen dem griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis und seinem türkischen Kollegen Menderes stattgefunden, die zu einer *griechisch-türkischen Einigung in der Zypernfrage* führten. Zypern soll eine unabhängige Republik werden mit einem griechisch-zyprischen Präsidenten und einem türkisch-zyprischen Vizepräsidenten an der Spitze. Der türkischen Minderheit (etwa 18 Prozent der gesamten Bevölkerung der Insel) wird in Fragen der Außenpolitik, der inneren Sicherheit und der Verteidigung ein Vetorecht eingeräumt. Das Zentralparlament soll zu 70 Prozent aus griechischen und zu 30 Prozent aus türkischen Vertretern zusammengesetzt sein. Die griechische und die türkische Volksgemeinschaft werden außerdem ihre eigenen Angelegenheiten durch getrennte Parlamente regeln. Bei der Polizei und in den Justizbehörden soll der Anteil der türki-

schen Vertretung 30 bis 40 Prozent ausmachen. Der militärische Stützpunkt Großbritanniens auf Zypern bleibt erhalten. Es kann angenommen werden, daß Großbritannien, das die Souveränität über die Insel besitzt, dem griechisch-türkischen Kompromiß zustimmen wird. Verhandlungen zwischen Selwyn Lloyd und den Vertretern Griechenlands und der Türkei haben bereits begonnen, und auch Erzbischof Makarios, der dem Zürcher Übereinkommen seinen Segen erteilt hat, ist in London eingetroffen. Die griechisch-zyprischen Ultras haben allerdings ihre Opposition zum Ausdruck gebracht. — Hoffen wir, daß der neue Plan der Insel im Mittelmeer endlich Ruhe und Frieden bringt.

Von den zahlreichen *Reisen der Staatsmänner* dürfte diejenige von John Foster Dulles die wichtigste gewesen sein. Der amerikanische Außenminister führte Besprechungen in London, Paris und Bonn. Es ging um die Einheit des Westens gegenüber dem Osten im allgemeinen und den sowjetischen Berlin-Vorschlägen im besonderen. Wahrscheinlich dürfte eine Viermächtekonferenz der Außenminister noch vor Ablauf des Berliner Ultimatums am 27. Mai zustande kommen. Die Außenminister der drei Westmächte und der Bundesrepublik Deutschland werden voraussichtlich Mitte März zu einer Besprechung zusammentreffen. Die schwere Erkrankung des amerikanischen Staatssekretärs stellt allerdings seine Teilnahme an dieser Konferenz in Frage, was im gegenwärtigen Zeitpunkt für den Westen um so nachteiliger sein wird, als sich bei Dulles gerade in jüngster Zeit Anzeichen zu einer flexibleren Politik bemerkbar machten. Dulles ist allerdings nie so weit gegangen wie der amerikanische Senator Mansfield, stellvertretender Führer der demokratischen Senatsmehrheit, der Gespräche zwischen west- und ostdeutschen Politikern über die Zukunft von Berlin und Deutschland befürwortet hat.

In den Mittelpunkt rückt nun die Reise McMillans nach Moskau. Bedenken gegen diese Moskaureise des britischen Premierministers kann man deshalb haben, weil es McMillan ganz offensichtlich auch darum geht, für die kommenden Neuwahlen des Unterhauses eine günstige Ausgangslage zu schaffen. In Bonner Regierungskreisen herrscht denn auch nicht eitel Freude über McMillans Extratour zu den russischen Machthabern.

Der französische Ministerpräsident Debré hat eine Reise nach Algerien unternommen. Inzwischen sind neue Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Tunesien entstanden. Wie sehr in Frankreich die politische und auch die parteipolitische Situation in Bewegung gekommen ist, bestätigen erneut zwei Ereignisse, die nicht unerwähnt bleiben sollen: der Ausschluß des ehemaligen Premierministers Mendès-France aus der Radikalen Partei und der freiwillige Austritt des früheren Staatspräsidenten Vincent Auriol aus der Sozialistischen Partei. Vincent Auriol protestierte mit diesem aufsehenerregenden Schritt gegen die Politik Guy Mollets. — Weniger Beachtung gefunden hat eine Ver-

ordnung des französischen Ministerrates, die den Abschluß von Verträgen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern über die Beteiligung der Arbeitnehmer am Geschäftsgang der Unternehmungen fördern soll. Falls solche Verträge über eine kollektive Beteiligung der Arbeitnehmer an den finanziellen Ergebnissen oder am Kapital und der Selbstfinanzierung oder an der Vermehrung der Produktivität zustande kommen, können die Unternehmungen jene Beträge, die den Arbeitnehmern als Beteiligung zustehen, von ihrer Steuererklärung absetzen. Die Beträge sind auch bei den Empfängern, also der Arbeiterschaft, steuerbegünstigt.

Abschließend sei noch daran erinnert, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Sozialdemokraten Prof. *Carlo Schmid* als Nachfolger für den jetzigen Bundespräsidenten, Prof. Theodor Heuß, vorgeschlagen haben. BH

Blick in die Zeitschriften

«*Einen Ruf zur Wiederbelebung der sozialen Phantasie*» erhebt Dr. *Robert Jungk*, der Verfasser der Bücher «*Die Zukunft hat schon begonnen*» und «*Heller als tausend Sonnen*», in der «*Zürcher Woche*» Nr. 7 (13. Februar 1959). Der Artikel beginnt mit einer ebenso wichtigen wie richtigen Feststellung:

«Wir leben in einem Zeitalter, das ebenso durch Kühnheit des schöpferischen Geistes auf den Gebieten der Naturwissenschaften gekennzeichnet ist, wie durch Ängstlichkeit im gesellschaftspolitischen Denken. In einer Welt des beschleunigten Wandels und der Überraschungen, die durch immer neue Erfindungen auf dem Gebiete der Technik charakterisiert ist, müßte die soziale Phantasie eigentlich Überstunden machen, um wenigstens auf dem Papier mit dem stürmischen Tempo eines tatkräftigen, aber richtungsblinden Fortschrittes mitzukommen. In Wahrheit aber geschieht nichts dergleichen. Hüben wie drüben, im Westen wie im Osten, sind in den letzten 25 Jahren keine gesellschaftlichen Entwürfe geboren worden, die der ‚wissenschaftlichen Revolution‘ auch nur annähernd adäquat wären. Vergeblich versuchen politische Denker der neuen Zeit die längst ausgewachsenen Kleider immer noch einmal durch Verlängern, Anstückeln, Flickern anzupassen. Denn sie scheinen unfähig, neue Gewänder zu schneiden.»

«Woran liegt das?» fragt Robert Jungk weiter und antwortet: «Ein Hauptgrund ist zweifellos in der tiefen Enttäuschung über die unvollkommene, ja zum Teil genau ins Gegenteil gekehrte Verwirklichung fast aller Träume der vorhergehenden zwei Generationen zu suchen. Die Hoffnungen auf eine bessere neue Welt haben uns bisher vor allem Monstrositäten, wie Kernwaffen und die Konzentrationslager, beschert, Ungeheuerlichkeiten, die ja eigentlich zuerst in den Gehirnen besserungsbeflissener Denker entstanden. Ist es unter diesen Umständen vernünftiger, so mag sich der geschreckte Intellektuelle der Gegenwart fragen, das ‚gefährliche Denken‘ überhaupt aufzugeben oder höchstens auf Nebensächlichkeiten loszulassen? Wir erleben daher heute eine nicht etwa nur aus der ‚Furcht vor oben‘, sondern aus tiefer eigener Furcht der Denkenden stammende Selbstzensur, die oft einer Selbstverstümmelung gleichkommt. Die Macht des Denkens, aus der Studierstube des sozialen Außenseiters Marx oder aus dem unschein-